

Editorial

60 Jahre Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der Arbeiterkammer Wien: Ein programmatischer Ausblick

Im Jahr 1957 wurde in der Arbeiterkammer Wien auf Initiative des stellvertretenden Kammeramtsdirektors und späteren OeNB-Direktoriumsmitglieds Stefan Wirlandner eine Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung (wieder-)gegründet. Wirlandners Ziel war es, eine Grundlagenabteilung zu etablieren, die die neuen, aus England kommenden bahnbrechenden Ideen des Keynesianismus in wirtschaftstheoretischer Basis und wirtschaftspolitischer Praxis von Gewerkschaften und Sozialdemokratie in Österreich verankern sollte (siehe dazu den Beitrag von Günther Chaloupek im Heft).

Seit 60 Jahren arbeitet die Abteilung für Wirtschaftswissenschaft der AK kritisch an den neuen Ideen der Ökonomie, genauso wie sie seit 60 Jahren, mit Bedacht auf eine gewisse Distanz zur Tagespolitik, als Ideengeberin für eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik agiert.

***Brain trust* nahe an der Wissenschaft**

Diese enge Beziehung sowohl zur akademischen Wissenschaft als auch zur politischen Praxis ist auch heute für die Abteilung konstitutiv. Denn uns geht es weder um Ökonomie als *l'art pour l'art*, in der sich alles um hoch artifizielle theoretische Modelle dreht, deren primärer Praxisbezug die Suche nach beliebigen Daten darstellt, mit denen man die Konstrukte illustrieren kann. Noch geht es uns um akademische Fliegenbeinzählerei, in der vorhandene empirische Daten aller Art mithilfe hoch entwickelter Methoden in allen Facetten doch meist ohne Bezug zur Lebensrealität der Menschen untersucht werden. Wir wollen relevante Ökonomie betreiben: Wirtschaftswissenschaft auf der Höhe der Zeit und mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen der (arbeitenden) Menschen.

Wirtschaftspolitik, die diesem Zweck dient, muss theoretisch fundiert sein. Deshalb setzen wir uns intensiv mit den neuen Entwicklungen in der akademischen Ökonomie auseinander. Doch Wirtschaftspolitik kann nicht nur in der Wirtschaftstheorie fundiert, sondern muss auch gesellschaftstheoretisch verankert werden. In diesem Sinn wollen wir

kritische „politische Ökonomie“ betreiben. Eine explizite wirtschaftswissenschaftliche und bewusste gesellschaftstheoretische Positionierung ergibt sich schon notwendigerweise daraus, dass wir Wissenschaft in einer Interessenvertretung betreiben. Das hat eine Reihe von Besonderheiten: Für uns ist ein klares emanzipatorisches Weltbild prägend, und wir widmen besonderes Augenmerk strategisch wichtigen Bereiche wie der Verteilungsforschung, den Budget- und Beschäftigungsfragen oder den Arbeitsbeziehungen in Österreich und der EU. Damit versuchen wir auch jenen Kriterien zu genügen, die der schwedische Nobelpreisträger Gunnar Myrdal für die Objektivität in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften definiert hat: Er forderte, Werturteile offenzulegen und an nachvollziehbaren Fakten orientiert zu arbeiten. Vor allem in den für die Beschäftigten relevanten Forschungsgebieten suchen wir auf dieser wissenschaftstheoretischen Basis eine enge Vernetzung mit den Forschungsinstituten und Universitäten und sind dabei bemüht, diese stets auf Augenhöhe zu gestalten.

Traditionell ergab sich eine besonders enge Kooperation der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK mit dem Wirtschaftsforschungsinstitut. Denn das WIFO war lange Zeit – und ist es teils noch heute – von einer keynesianisch-makroökonomischen Weltsicht geprägt, die Fragen der Beschäftigung und Verteilung großen Stellenwert zumisst, einer aktiven, interventionistischen Wirtschaftspolitik anhängt und die empirischen wissenschaftlichen Grundlagen für die Zusammenarbeit der Sozialpartner schafft. Ähnliches gilt für das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW), mit dem eine laufende Kooperation in makroökonomischen und europapolitischen Fragen besteht. Die Abteilung steht darüber hinaus in engem Kontakt zu vielen anderen außeruniversitären Forschungsinstituten und zu den Universitäten selbst, vor allem zu den volkswirtschaftlich ausgerichteten Departments der Wirtschaftsuniversität Wien und der Johannes-Kepler-Universität in Linz.

Unser besonderes Augenmerk gilt dabei dem wissenschaftlichen Nachwuchs. Unsere Fachleute lehren an den Universitäten und Fachhochschulen, und wir messen dieser Lehrtätigkeit hohe Bedeutung zu: Denn sie zwingt uns nicht nur zur Auseinandersetzung mit den neuen Strömungen in der akademischen Ökonomie und verstärkt den Kontakt mit den Departments und Lehrenden an den Universitäten; sie fördert darüber hinaus die wertvolle Fähigkeit, wirtschaftliche Zusammenhänge einfach und verständlich zu erklären, ohne sie zu simplifizieren; und sie bereichert die akademische Lehre mit unverzichtbaren Praxiserfahrungen aus dem realen Wirtschaftsleben. Studierende mit besonders relevanten Masterarbeitsthemen binden wir als ForschungsassistentInnen aktiv in die wissenschaftliche und politische Tätigkeit der AK ein.

Mit der jährlichen „Young Economists Conference“, bei der der renommierte Eduard-März-Preis – benannt nach dem ersten Leiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung – vergeben wird, wurde inzwischen eine wichtige Tradition kritischer akademischer Nachwuchsökonomie begründet. Die jungen österreichischen Ökonomie-Studierenden profitieren dabei auch von den guten internationalen Kontakten der AK.

SpitzenökonomInnen der Welt stellen ihre Forschungsergebnisse in der AK vor. Wir haben dabei zwei Veranstaltungsreihen entwickelt und wollen diese weiter aktiv bespielen. Eine widmet sich der internationalen Verteilungsforschung: Hier reicht die Liste der Vortragenden von Thomas Piketty über Tony Atkinson, Eva Sierminska und Branko Mila-
nović bis zu Gabriel Zucman. Eine zweite stellt die gesamtwirtschaftliche Analyse in den Mittelpunkt: Hier haben unter anderen Stephen Marglin, Engelbert Stockhammer, Eckhard Hein, Till van Treeck und Özlem Onaran referiert. Auf diese Weise finden die neuesten internationalen wissenschaftlichen Erkenntnisse Eingang in die öffentliche und politische Debatte sowie in die Arbeit von AK und Gewerkschaften. Dem gleichen Ziel dient das wissenschaftliche Journal der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung „Wirtschaft und Gesellschaft“, das heuer im 43. Jahrgang erscheint. „Wirtschaft und Gesellschaft“ dient als anerkanntes Publikationsorgan für wissenschaftliche Arbeiten von AK-MitarbeiterInnen und arrivierten ÖkonomInnen ebenso wie von WissenschaftlerInnen am Beginn ihrer Karriere, für die die Rubrik „begutachtete Artikel“ sukzessive ausgeweitet wird. Darüber hinaus bietet „Wirtschaft und Gesellschaft“ die umfangreichste Rubrik von Buchbesprechungen einer deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschrift; dieser Schwerpunkt ist gerade angesichts der auch in der Ökonomie erfreulicherweise wieder an Bedeutung gewinnenden Buchpublikation durch bekannte ÖkonomInnen gut gewählt. Der Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse dienen auch viele andere Medien, zu deren Inhalten die WirtschaftswissenschaftlerInnen der AK beitragen, darunter besonders der „Arbeit und Wirtschaft“-Blog und das „Arbeit und Wirtschaft“-Magazin.

Denkfabrik für die Wirtschaftspolitik

Unsere wirtschaftswissenschaftliche Tätigkeit findet nicht im luftleeren Raum statt. Am deutlichsten manifestiert sich die enge Verbindung mit der Wirtschaftspolitik vielleicht im Rahmen der sozialpartnerschaftlichen Kollektivvertragspolitik. Die AK spielt keine direkte Rolle bei den Lohnverhandlungen, berät aber mit umfangreichen Branchenanalysen der Abteilung für Betriebswirtschaft und gesamtwirtschaftlichen Analy-

sen der Abteilung für Wirtschaftswissenschaft die Gewerkschaften. Die traditionelle Lohnleitlinie der Benya-Formel ist bekannt: Die Löhne sollen um die Summe aus mittelfristigem Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität und der Inflationsrate steigen. Damit soll der Doppelrolle der Löhne als Einkommen der Beschäftigten einerseits, die die Konsumnachfrage bestimmen, und als Kosten für die Unternehmen andererseits, die für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit relevant sind, genüge getan werden. Die kollektivvertraglichen Lohnverhandlungen bringen eine markante Verringerung an Transaktionskosten für Beschäftigte und Unternehmen mit sich und erweisen sich nicht zuletzt deshalb als mikroökonomisch effizient. Sie sind aber auch von hohem gesamtwirtschaftlichen Wert. Mit einer stabilen (funktionellen) Verteilung soll ein Beitrag zur Stabilisierung der Erwartungen von InvestorInnen und KonsumentInnen und damit zur gesamtwirtschaftlichen Stabilität geleistet werden. Doch jedes Jahr stellt sich die Frage aufs Neue, wie diese Formel ins aktuelle Bild von Wirtschaftslage und -aussichten passt? Wie ist die Lohnentwicklung in Relation zu jener der Handelspartner zu sehen, und wie entwickelt sich die Einkommensverteilung im Inland? Wie sind die Aussichten für Produktivitätswachstum und Verbraucherpreise, somit für den Spielraum der Gehaltsforderungen? Wie steht es um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Export, und welche Impulse braucht die Konsumnachfrage der Haushalte?

Die AK-Analysen zu Gesamtwirtschaft und jeweiliger Branche basieren auf den Expertisen der eigenen Fachleute, aber auch jenen der Wirtschaftsforschungsinstitute. Hier ist eine tragfähige Gesprächsbasis zwischen AK und WIFO entscheidend, um Detailinformationen, qualitative Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen austauschen zu können. Mindestens ebenso wichtig ist die Übersetzung der empirischen Erkenntnisse und Zusammenhänge für die Verhandlungen. Dabei macht es sich bezahlt, dass die AK-Fachleute in der Ausbildung von BetriebsrätInnen und GewerkschaftsfunktionärInnen in der Sozialakademie, der BetriebsrätInnenakademie und der Gewerkschaftsschule eine wesentliche Rolle spielen und auch danach den regelmäßigen Meinungsaustausch pflegen: Gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge, internationale Vergleichszahlen, die Determinanten der konjunkturellen Dynamik und das Prinzip der Faktenbasierung als Grundlage interessenpolitischer Auseinandersetzung sind allen Beteiligten wohlvertraut.

Das Interesse der Abteilung im Rahmen der Vorbereitung der Lohnverhandlungen beschränkt sich nicht nur auf Österreich. Schon lange werden Arbeitsbeziehungen und Korporatismus auch anhand von internationalen Beispielen untersucht und enge Kontakte zu gewerkschaftsnahen Forschungsinstituten mit ähnlichen Forschungsinter-

sen im Ausland gesucht. Die österreichische Sozialpartnerschaft gilt vielen internationalen ForscherInnen weiterhin als Vorbild. Die Abteilung stellt ExpertInnen und Geschäftsführung des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen, des sozialpartnerschaftlichen *Think tank*, der in den Anfangsjahrzehnten eine wesentliche Rolle in der wirtschaftspolitischen Steuerung des Landes einnahm. Über die Jahrzehnte ist der Einfluss des Beirats (und der Sozialpartnerschaft im Allgemeinen) allerdings sukzessive geschwunden. Dies ist zum einen Ergebnis des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union, mit dem eine Verlagerung wichtiger wirtschaftspolitischer Kompetenzen nach Brüssel verbunden war. Dort wurde lange Zeit der Ausgleich unterschiedlicher Interessen zugunsten einseitiger Marktorientierung vernachlässigt, was sich nicht zuletzt in der Finanzkrise als wirtschaftlich und sozial verheerend herausstellte. Zum anderen hat auch in Österreich, dem traditionellen Land des Konsenses, eine stärker konfliktbeladene Form der Interessendurchsetzung an Bedeutung gewonnen. Dies wurde unmittelbar mit der ersten schwarz-blauen Regierung (2000-2006) offensichtlich, in der Sozialpartnerschaft und Arbeitnehmerinteressenvertretungen im Besonderen an den Rand gedrängt wurden.

Auf Basis einer wirtschaftswissenschaftlichen Ausrichtung mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen der (arbeitenden) Menschen ergeben sich eine Reihe von strategischen Themen, mit denen sich die Abteilung im Grunde über Jahrzehnte hinweg beschäftigt, auch wenn sich Schwerpunkte und Wege mit dem Wandel der Herausforderungen geändert haben.

Vollbeschäftigung und gute Arbeit

Vollbeschäftigung als ein zentrales Ziel keynesianisch ausgerichteter und gewerkschaftlich orientierter Wirtschaftspolitik prägte die Arbeit der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung von Beginn an. Wir sehen Vollbeschäftigung vor allem als Ergebnis einer geglückten gesamtwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftspolitik an, die zahlreiche nachfragegeseitige, aber auch angebotsseitige Determinanten hat. Vollbeschäftigung und latente, leichte Arbeitskräfteknappheit spiegeln eine gut ausgelastete Wirtschaft und bilden eine wesentliche Voraussetzung für eine günstig austarierte Machtverteilung zwischen Arbeit und Kapital. Seit dem Jahr 1981 blieb die Gesamtwirtschaft in Österreich in wechselndem Ausmaß unterausgelastet. Besonders ausgeprägt war diese Unterauslastung im Jahrzehnt der Finanzkrise seit 2008, die einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit mit sich brachte. Vor allem in diesem letzten Jahrzehnt war der Arbeitsmarkt allerdings durch zwei,

deutlich über seine traditionelle nachfrageseitige Bestimmung hinausgehende angebotsseitige Aspekte geprägt. Das war zum einen die starke Ausweitung des Arbeitskräfteangebots durch Zuwanderung, Erhöhung des effektiven Pensionsantrittsalters und Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit sowie zum anderen die Dualisierung des Arbeitsmarktes, die ein wachsendes Segment prekärer Erwerbstätigkeit offensichtlich werden ließ. Ganz besonders instabile Erwerbsverläufe mit Befristungen und Unterbrechungen behindern Beschäftigungs- und Einkommenskarrieren einschneidend und nachhaltig.

Deshalb geht es heute nicht mehr nur um die Zahl der Beschäftigten und der Arbeitslosen, sondern unter dem Titel „gute Arbeit“ besonders auch um die Qualität der Beschäftigung. Das Forschungsinteresse betrifft die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen durch die sukzessive Anhebung der Mindestlöhne (WuG-Editorial 2/2017) und der geleisteten Arbeitszeiten im unteren Verteilungsbereich ebenso wie die Frage der den Lebensstandard erhöhenden Wirkungen von Arbeitszeitverkürzung für Vollzeitbeschäftigte. Die arbeitenden Menschen sollen am gesellschaftlichen Wohlstand nicht allein durch hohe Realeinkommen, sondern auch durch mehr Freizeit und verbesserte Lebensqualität teilhaben. Mit diesem Schwerpunkt, in dessen Rahmen wir auch neue und innovative gewerkschaftliche Modelle wie die Freizeitoption oder Schichtmodelle begleitet haben, knüpft die Abteilung an die wichtigen Arbeiten etwa ihres ehemaligen Mitarbeiters Erwin Weissel in den 1970er-Jahren an.

Gerechte Verteilung des Wohlstands

Verteilungsfragen spielen in der wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit der AK traditionell eine wesentliche Rolle. Lange Zeit bezog sich das Forschungsinteresse von Maria Szécsi und anderen MitarbeiterInnen auf die funktionelle Einkommensverteilung, deren mittelfristige Stabilität einen wesentlichen Anker für die Lohnverhandlungen darstellte. Lohnstrukturanalysen, auch mit Augenmerk auf Bildungsfragen, wurden laufend vorgenommen; Fragen der personellen Einkommensverteilung rückten besonders in den 1990er-Jahren ins Zentrum des Interesses, vor allem auch in Hinblick auf die zunehmende Ungleichheit der Markteinkommen infolge von hoher Arbeitslosigkeit und voranschreitender Globalisierung sowie in Bezug auf die distributiven Wirkungen von budgetpolitischen Maßnahmen. Die letzten Jahre waren allerdings vor allem von Analysen der Verteilung der Vermögen der privaten Haushalte geprägt.

Denn für Österreich lagen mit dem „Household Finance and Con-

sumption Survey“ des Europäischen Zentralbankensystems 2012 zum ersten Mal belastbare Daten über Höhe, Zusammensetzung und Verteilung des Vermögens der privaten Haushalte vor. Die zweite Welle der Erhebung wurde 2016 publiziert. Aufbauend auf die wertvolle Grundlagenarbeit in Bezug auf Daten und wissenschaftliche Verwertung durch die international hoch angesehene OeNB-Vermögensforschungsgruppe rückte das Thema ins Zentrum der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung in Österreich. Weitere Forschungsgruppen wurden am neu gegründeten INEQ-Forschungsinstitut an der WU, am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft der JKU (ICAE), am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, an den Soziologie- und Politikwissenschaftsinstituten der Universitäten Wien und Linz sowie der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK Wien etabliert. Letztere konzentrierte sich neben der Abfassung zahlreicher eigenständiger Forschungsberichte zu Vermögensfragen auch auf die strategische Vergabe von Forschungsaufträgen, die Vernetzung zwischen den unterschiedlichen Forschungsgruppen und die politischen Ableitungen aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Die Forschungsthemen sind außerordentlich vielfältig und interessant. Sie reichen von den Determinanten der Vermögensungleichheit, die Erfassung der Spitze der Vermögensverteilung und die Analyse sozioökonomischer Charakteristika der Millionärshaushalte über soziologische Analysen unterschiedlicher Vermögentypen, Genderunterschiede im Vermögensbesitz, Determinanten der Höhe der Erbschaften und die Bedeutung von Kapitaleinkommen bis zu den Verteilungseffekten von Wohneigentum und Miete. Die meisten dieser wissenschaftlichen Studien sind in der *Working-Paper*-Reihe der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK Wien („Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“) elektronisch verfügbar. Der Schwerpunkt Vermögensanalyse entstand primär aufgrund der drängenden gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Probleme von Vermögenskonzentration und Finanzkapitalismus. Er wurde durch die markante Verbesserung der Datengrundlage durch den HFCS und seine Aufbereitung in der OeNB ermöglicht. Generell gewinnen Fragen der Verteilung mit steigendem gesellschaftlichen Wohlstand in der Ökonomie an Bedeutung.

Macroeconomics beyond GDP

Der materielle Wohlstand ist in Österreich über die letzten Jahrzehnte in enormem Ausmaß gestiegen. Das Land, nach dem Krieg ein Armen-

haus Europas, steht heute an der EU-Spitze etwa in Bezug auf die Wirtschaftsleistung oder die Industrieproduktion. Seit Gründung der Abteilung im Jahr 1957 sind das reale BIP auf das Fünffache, die Reallöhne je Beschäftigten auf das Vierfache und die Zahl der unselbstständig Beschäftigten um etwa 1 $\frac{1}{2}$ Millionen gestiegen. Die Arbeit der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung war mit diesem wirtschaftlichen Aufstieg des Landes eng verbunden. Standen anfangs Fragen der Förderung privater und öffentlicher Investitionen im Vordergrund, so verschob sich später das Interesse in Richtung konjunkturpolitischer Steuerung und der aktiven Gestaltung des Strukturwandels. Das Wirtschaftswachstum als unverzichtbarer Motor des Anstiegs des Lebensstandards und der Bewältigung von Verteilungskonflikten blieb über Jahrzehnte weitgehend unhinterfragt.

Dies änderte sich seit den 1980er-Jahren. Erstens wurden Umweltprobleme auch in ihren schädlichen Wirkungen auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung in stärkerem Ausmaß wahrgenommen; zweitens bot die Phase des Finanzbooms Anschauungsmaterial für kräftiges Wirtschaftswachstum, das in nur geringem Ausmaß bei den Beschäftigten ankam, und zeigte die Finanzkrise die wirtschaftliche und soziale Bedeutung kollektiver sozialer Absicherungsformen, die weit über die konjunkturelle Stabilisierungsfunktion hinausgehen; drittens wurde der mit steigendem Wohlstand beobachtbare Wertewandel von materiellen zu immateriellen Bedürfnissen offensichtlich. Deshalb hat sich der ursprünglich primär auf das Wirtschaftswachstum ausgerichteter wirtschaftspolitischer Zielkatalog („magisches Vieleck“) erheblich gewandelt. Die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung hat zunächst versucht, Beschäftigungs- und Verteilungsfragen stärker in den Fokus der Wirtschaftspolitik zu rücken. Nun geht es noch einen Schritt weiter, und wir streben in enger Zusammenarbeit mit mehreren anderen AK-Abteilungen wie jener für Umwelt und Verkehr sowie jener für Sozialpolitik eine „wohlstandsorientierte Wirtschaftspolitik“ an (WuG-Editorial 1/2017). Dieser Zugang basiert auf einem internationalen Trend, der wesentlichen Anstoß vom richtungsweisenden Sen-Fitoussi-Stiglitz-Report bekommen hat. Die OECD erfasst und vergleicht mit ihrem „Better Life Index“ das gesellschaftliche Wohlergehen in Bezug auf Lebensbedingungen und Lebensqualität in ihren Mitgliedsländern. Statistik Austria gehört in der EU mit dem Bericht „Wie geht’s Österreich?“ zu den Vorreitern in Bezug auf eine moderne Wohlstandsmessung. Die AK nimmt eine treibende Rolle in Bezug auf einen breiteren Wohlstandsbegriff ein, der Fragen der Verteilung, des Lebensstandards, des Zugangs zu öffentlichen Leistungen und der ökologischen Nachhaltigkeit betont.

Fiskalpolitik für Verteilung und Beschäftigung

Mit dem Fokus auf die wirtschaftspolitischen Ziele Vollbeschäftigung und gerechter Verteilung kommt auf der Instrumentenebene dem Staatshaushalt und seinen allokativen, distributiven und konjunkturellen Wirkungen große Bedeutung zu. Traditionell bilden die Analyse des (Bundes-)Budgets und die Ausarbeitung von budgetpolitischen Vorschläge einen der Kernbereiche der Kompetenz der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung. Umfassende Analysen des Bundesfinanzgesetzes und der mittelfristigen Haushaltsplanung werden seit Jahrzehnten regelmäßig durchgeführt. Lange Zeit – bis zur Einrichtung eines Budgetdienstes im Parlament – bildeten sie zusammen mit den entsprechenden Analysen des WIFO die einzigen umfassenden und kritischen externen Darstellungen der Ausrichtung der österreichischen Budgetpolitik. In unserer Analyse stehen die konjunkturelle Angemessenheit sowie die Beschäftigungs- und Verteilungseffekte des Staatshaushalts im Mittelpunkt.

Seit dem EU-Beitritt Österreichs und dem umfassenden Fiskalregelwerk, das im Zuge der Finanzkrise etabliert wurde, hat der makroökonomische Spielraum der nationalstaatlichen Budgetpolitik deutlich abgenommen, während die europäische Ebene an Bedeutung gewonnen hat. Wir haben darauf mit einer Ausweitung unserer Kapazitäten zur Analyse der EU-Fiskalpolitik geantwortet und insbesondere von Beginn an versucht, eine kritische Position zur primär neoklassisch bestimmten Ausrichtung der EU-Fiskalpolitik zu etablieren. Dies begann mit der Kritik am Stabilitäts- und Wachstumspakt über die Warnung vor den negativen gesamtwirtschaftlichen und sozialen Folgen der Austeritätspolitik im Zuge der Finanzkrise und mündete in zahlreichen Vorschlägen für eine alternative Ausrichtung der EU-Fiskalpolitik. Besondere Bedeutung erlangten dabei jüngst die Vorschläge für die Einführung einer goldenen Investitionsregel zum Schutz der kurz- und langfristig bedeutenden öffentlichen Investitionen.

Kritik und Alternativvorschläge werden in enger Kooperation mit europäischen Partnern vorgebracht. Besondere Bedeutung messen wir dabei der engen Zusammenarbeit mit dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf zu. Mit ihrem Direktor Gustav Horn und allen MitarbeiterInnen teilen wir das Forschungsinteresse, die Herangehensweisen und die Arbeitsschwerpunkte seit vielen Jahren und pflegen einen regelmäßigen Austausch. Aus dieser Kooperation entstand auch der „Unabhängige Jahreswachstumsbericht“, der seit mehreren Jahren die makroökonomische Ausrichtung der EU-Wirtschaftspolitik kritisch hinterfragt.

Pluralismus in der Wirtschaftswissenschaft und Vernetzung

Die starke Kooperation der WirtschaftswissenschaftlerInnen der AK mit Universitäten und Forschungsinstituten im In- und Ausland bringt mit sich, dass wir uns auch eingehend mit der „wirtschaftswissenschaftspolitischen“ Fragestellung beschäftigen, woran geforscht, wie und was gelehrt und wie Forschungsergebnisse öffentlich debattiert werden. Gerade seit Beginn der Finanzkrise ist die akademische Ökonomie unter inneruniversitären und öffentlichen Druck geraten, vor allem Studierenden-Organisationen fordern weltweit ein Nachdenken über die Angemessenheit der praktizierten Lehre und die Aussagekraft der Forschung ein, sie verlangen mehr Pluralismus in Bezug auf Theorien, Methoden und Lehre sowie eine stärkere Interdisziplinarität ökonomischer Ausbildung und Forschung. Dies ganz zu Recht, denn die neoklassische *Mainstream*-Ökonomie hat in der Finanzkrise ihre massiven Schwächen offenbart: Die Hypothese von der Effizienz der Finanzmärkte ist widerlegt, die Wunschvorstellung expansiv wirkender Budgetkonsolidierung („nicht-keynesianische Effekte“) hat sich in Luft aufgelöst, die wirtschaftspolitische Empfehlung beschäftigungsschaffender Lohnsenkungen ist im Praxistest gescheitert.

Aus diesen empirischen Erfahrungen muss auch die akademische Ökonomie ihre Lehren ziehen. Im Bereich der Mikroökonomie gewinnen verhaltensökonomische Ansätze an Bedeutung, agentenbasierte Modelle ermöglichen eine neue Mikrofundierung der Makroökonomie, die Besonderheiten des spekulationsgetriebenen Finanzkapitalismus finden Eingang in die Modelle, und in der Makroökonomie selbst ist eine Renaissance grundlegender keynesianischer Konzepte offensichtlich: Dies wird exemplarisch in der Etablierung makroprudentieller Aufsicht über Banken und Finanzmärkte, der Rückkehr des Multiplikatorbegriffs in Forschung und Politikanalyse und der Berücksichtigung von Verteilungsfragen als grundlegende Elemente und Determinanten ökonomischer Entwicklungen offensichtlich.

Die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der AK will sich an dieser Debatte aktiv und intensiv beteiligen. Nicht nur, weil es unserem Zugang zu einer relevanten, an den Lebensbedingungen der Menschen orientierten Ökonomie entspricht, sondern auch weil damit wieder Themen in den Vordergrund der Wirtschaftsforschung rücken, bei denen wir sechzig Jahre Erfahrung in Theorie und Politik in Rechnung stellen können.

Faktenbasierter Fortschritt

In den letzten Jahren sind in Wirtschaftswissenschaft und Politik zahlreiche neue Akteure aufgetaucht. Im rechten politischen Spektrum wurden mehrere finanzstarke Denkfabriken gegründet. Viele von ihnen sind rasch wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwunden, andere haben sich vor allem in der medialen Szene etabliert. Institute mit emanzipatorischer Forschungsagenda und mit Blick auf ArbeitnehmerInneninteressen haben es hingegen schwer, auch weil kritische Wissenschaft vor allem in der Ökonomie an den Rand gedrängt wird. Dies ändert sich nur langsam. Aber ganz besonders in den Fragen der Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit, ihrer Ursachen und Folgen ist die Trendwende unübersehbar: Viele der besten jungen NachwuchswissenschaftlerInnen forschen heute mit höchsten wissenschaftlichen Standards zu Verteilungsfragen. Dies gilt es zu verstärken, zu vernetzen, und die Übersetzungsarbeit für die mediale Verbreitung sowie die Politik ist zu intensivieren. Wir können dazu in Österreich auf Basis unserer jahrzehntelangen Erfahrung wesentlich beitragen.

AK und Gewerkschaften waren beim Erkämpfen von hohen Arbeitsstandards, sozialstaatlicher Absicherung und der Steigerung des materiellen und immateriellen Wohlstandes der Beschäftigten über die letzten Jahrzehnte auch deshalb so erfolgreich, weil sie ihre Interessenpolitik stets auf Fakten basiert haben und offen für neue wissenschaftliche Erkenntnisse waren. Der wirtschaftswissenschaftlichen Grundsatzabteilung in der AK kommt dabei eine wichtige Aufgabe zu. Sie führt eigene Forschungsarbeiten durch, beteiligt sich intensiv an der wissenschaftlichen und politischen Debatte und pflegt den Austausch mit internationalen ForscherInnen. Die gesetzliche Mitgliedschaft in und eine gute finanzielle Ausstattung der AK sind unabdingbare Voraussetzungen für diese Grundlagenarbeit, will man das Feld nicht den von Vermögenden finanzierten Denkfabriken überlassen. Unser Ziel: den gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Fortschritt für die ArbeitnehmerInnen nutzbar zu machen.

ÖGB VERLAG

www.oegbverlag.



Wie kam der Keynesianismus nach Österreich?

Michael Mesch (Hrsg.), Mitarbeiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien und Geschäftsführender Redakteur der Quartalszeitschrift „Wirtschaft und Gesellschaft“.

Mit Beiträgen von

Günther Chaloupek, Johannes Feichtinger, Alois Guger.

Die Ökonomik der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit Band 2

112 Seiten / ÖGB-Verlag / 2016

ISBN 978-3-99046-227-0 / EUR 19,90

Von jenen österreichischen ÖkonomInnen, die in den 1930er-Jahren Österreich verlassen mussten, machten sich einige im britischen oder amerikanischen Exil mit den neuen ökonomischen Ideen von John Maynard Keynes und dessen Umfeld vertraut. Nach dem Krieg sorgten Zurückgekehrte aus diesem Personenkreis wie Josef Steindl, Kurt Rothschild, Stefan Wirlandner, Philipp Rieger, Eduard März, Maria Szécsi, Karl Forchheimer, Theodor Prager und andere dafür, dass diese theoretischen Ansätze und wirtschaftspolitischen Konzepte in Österreich zur Verbreitung und praktischen Anwendung gelangten. Aufnahme fanden die KeynesianerInnen vor allem am WIFO und in der Arbeiterkammer Wien. Die von Rothschild, Steindl und später auch von Kazimierz Łaski am WIFO entwickelten theoretischen Ansätze bildeten die konzeptionelle Grundlage für den wirtschaftspolitisch erfolgreichen Austro-Keynesianismus. Auf Initiative von Wirlandner erfolgte in der Wiener AK 1957 die (Neu-)Gründung der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung. Eduard März war ihr erster Abteilungsleiter. Diese Abteilung profilierte sich in der Folge als Denkfabrik keynesianischer Wirtschafts- und Wachstumspolitik. In den 1950er- und 1960er-Jahren gelang es diesen keynesianischen ÖkonomInnen, führende FunktionärInnen des ÖGB, der Wiener Arbeiterkammer und der SPÖ von der Eignung ihrer wirtschaftspolitischen Konzepte zu überzeugen.

BESTELLUNG IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21

